

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

148 (29.6.1908)

# Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.**  
Abonnementpreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:**  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.  
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag  
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Feuilleton und Unterh-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Siegler in Karlsruhe.

## 6. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Nachmittags-Sitzung.

Hamburg, 25. Juni 1908.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die Debatte über das Verhältnis von Gewerkschaften und Genossenschaften fortgesetzt.

Legien: Ich kann die Darstellung Josephsohns nicht als richtig anerkennen, als hätten die Konsumvereine eine besondere Verpflichtung gegen uns. Wir unterstützen sie, weil wir sie für nützlich halten, eine besondere Pflicht daraus haben sie nicht. Bisher bestand zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften ein freundschaftliches Verhältnis. Da erweckte der Düsseldorf Genossenschaftstag in Gewerkschaftskreisen die Befürchtung, als sollte es mit der vorbildlichen Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse plötzlich anders werden. Das diese Auffassung falsch ist, hat nun der Eisenacher Genossenschaftstag erklärt. Der Zusatz ist von geringer Bedeutung. Wir protestieren nur dagegen, daß man überhaupt einseitig Zusätze macht. Praktisch halte ich das für unwichtig, so lange noch die Genossenschaften allgemein bessere Arbeitsverhältnisse haben als die Privatbetriebe und so lange sie noch wie in Eisenach den Willen zum Ausdruck bringen, vorbildlich zu sein. Eigentlich sollte das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften so sein, daß eine besondere Sympathieerklärung eigentlich gar nicht nötig wäre. Die Konsumvereine sind der Arbeiterschaft nützlich und deshalb müssen wir sie unterstützen. Die Verhandlungen werden wir natürlich weiterführen, dazu bedarf es keines besonderen Antrages. Zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften sind keine Gegensätze vorhanden. Beide dienen gleichmäßig der Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Stühmer (Berlin (Schneider)): Wenn die Gewerkschafts-genossen vollzählig in die Genossenschaften einträten und dort mitarbeiten, hätten sie nach der demokratischen Organisation der Konsumvereine einen viel wirksameren Einfluß als irgend welche Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses. Denn nicht nur die Beamten der Konsumvereine widersprechen sich den Gewerkschaftsfordernungen, sondern auch die unbesoldeten Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. Die Gewerkschaften haben die Macht und die Pflicht, das zu ändern.

Giebel (Berlin (Bureauangestellter)) bittet, bei der Beschluffassung nach außen hin keineswegs den Schein der Animosität gegen die Genossenschaften zu erwecken. Nachdem die Genossenschaften jahrelang gerade durch die Gewerkschaften propagiert worden sind, würde das einen peinlichen Zwiespalt herbeiführen. Die Beschlüsse des Genossenschaftstages haben unserer Erfahrung nach keinen großen praktischen Wert. Gleichwohl müssen wir natürlich die einseitige Beschluffassung und willkürliche Aenderung des Genossenschaftstages entschieden zurückweisen.

Arndt (Hamburg (Zigarrenfortierer)): Die Zusätze des Genossenschaftstages sind natürlich auch für uns unannehmbar; im übrigen aber freue ich mich mit Legien, daß die Mißverständnisse beseitigt worden sind.

Doehnel (Leipzig): Der Konsumvereinstag ist ganz allein schuld daran, daß diese ausführliche Debatte hier wiederum entfacht worden ist, die ihm gewiß nichts nützt. Aber der engherzige Dividendenstandpunkt ging nicht von den sächsischen Konsumvereinen aus, sondern vom Zentralvorstand der Konsumvereine in Hamburg. Wir wollen der Genossenschaft deshalb keine Knüttel zwischen die Beine werfen, müssen aber auf das entscheidendste die einseitige Hinzufügung verurteilen.

Josephson (Hamburg): Ich habe nicht verlangt, daß wir gegen die Genossenschaften Stellung nehmen sollen. Aber wenn die Genossenschaften nach Legiens Wort zu nichts verpflichtet sind, so sind auch wir frei. Unsere Gewerkschaft hält sich durch den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht für gebunden, solange nicht die Genossenschaften die darin enthaltenen Verpflichtungen gegen ihre Angestellten erfüllen.

Damit schließt die Debatte.

Die Abmachungen zwischen der Generalkommission und dem Zentralvorstand der Genossenschaften wird mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Abgelehnt wird folgender Antrag Jbel: „Der Gewerkschaftskongress nimmt Kenntnis von dem Beschluß des Genossenschaftstages in Eisenach und lehnt die örtliche tarifliche Regelung der für die Arbeitsbedingungen gestellten Grundbedingungen als mit den gewerkschaftlichen Grundfäden unvereinbar ab.“ Dagegen wird die Sympathieerklärung der Generalkommission und der Antrag Sache mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt nunmehr die Fortsetzung der Debatte über die Grenzstreitigkeiten.

Die Redaktionskommission legt folgende Erklärung vor: „In Ziffer 1 der Resolution ist festgelegt, daß die Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen Verbänden vollzieht und daß diese Entwicklung von außen her nicht durch Beschlüsse irgendwelcher Art bestimmend beeinflusst werden soll. Dieser Entwicklung

darf aber ebensowenig hindernd in den Weg getreten werden. Wenn in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere Organisationen vorhanden sind, die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind, so gelten dieselben in Bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt. Es empfiehlt sich jedoch, um allen bei solch gemeinsamem Tätigkeitsgebiet leicht entstehenden Reibungen vorzubeugen, für solche Konkurrenzverbände besonders dringend, sich über alle in Betracht kommenden Maßnahmen zu verständigen.“

Der Referent Simon (Nürnberg) fügt hinzu, daß die Kommission der Ansicht sei, die Entwicklung bewege sich in der Richtung des Zusammenschlusses zu großen Berufsverbänden, nicht zu Betriebsorganisationen.

Massisch (Stuttgart vom Metallarbeiterverband): Die Deklaration hat unsere Befürchtungen, die der Absatz 4 der Resolution in uns wachgerufen hat, gerfret und wir können für die Resolution stimmen, wenn die Deklaration angenommen wird.

Kupferschmid Saube (Berlin) findet, daß die Deklaration den Grenzstreitigkeiten wieder Tor und Tür öffne und bittet die Resolution unter Ablehnung der Deklaration anzunehmen.

Rohs (Gemeindearbeiter): So ist denn herausgekommen, was wir von vornherein erwartet haben: Alle einigen sich, um den Gemeindearbeitern den Strid zu drehen. Für die Gemeindearbeiter soll wohl nichts weiter übrig bleiben, als die Organisation des Personals der Krankenhäuser. Zwei Jahre lang haben wir in bestem Einvernehmen mit allen anderen Organisationen unsere Schuldigkeit getan und nun soll das schöne Werk gestört werden. Legen Sie doch nicht unsere Organisation in Ketten.

Knoll (Berlin (Steinarbeiter)): Die Befürchtung, daß solche Kläne bestehen, ist ganz unbegründet. Damit schließt die Diskussion. Brauer (Lehrer Träger) zieht seinen Antrag zurück.

Die Resolution der Kommission wird in ihren Absätzen 1 und 2 unverändert angenommen, ebenso Absatz 3, nachdem auf Antrag Zimmermann die letzten zwei Sätze folgendermaßen verändert worden sind:

„Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, dürfen im Nebenberuf nur dann organisiert werden, wenn sie der Organisation ihres Hauptberufes angehören. Diese Arbeiter haben sich in ihrem Nebenberuf, soweit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, den Beschlüssen der in Frage kommenden Organisation zu fügen.“

Die Deklaration der Kommission zu Absatz 4 wird mit starker Mehrheit angenommen. Ebenso der Antrag 4 mit dem Zusatzantrag Knoll. Dagegen wird die in einem Antrag geforderte Einführung obligatorischer Schiedsgerichte für den Fall, daß zwei streitende Organisationen sich nicht einigen können, mit 176 gegen 119 Stimmen abgelehnt. Die Absätze 5 und 6 werden debattelos angenommen. Der von der Redaktionskommission nachträglich beantragte Zusatz:

„Wird ein Mitglied einer Organisation, welches im Auftrage einer anderen Organisationsleitung agitatorisch oder gewerkschaftlich tätig war, wegen dieser Tätigkeit gemahregelt oder in ein Strafverfahren verwickelt, so hat die Organisation die Kosten zu tragen, in deren Auftrag er gewirkt hatte“ wird auf Antrag Cohen der Vorstandskonferenz überwiesen.

Mit großer Mehrheit wird schließlich die von der Vorstandskonferenz bereits angenommene Resolution der Handlungsgehilfen bestätigt.

Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen und Genossenschaftsbetrieben ist prinzipiell zu betreiben. Die Angestellten und Arbeiter in solchen Betrieben sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Betrieb bestehenden Zentralverband anzugehören und dort am gewerkschaftlichen Kampf gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung b. Lage der besagten Berufsgruppen teilzunehmen.

Die so umgestaltete Resolution soll von der Redaktionskommission zusammengestellt und dann zur Gesamtabstimmung gebracht werden. Alle übrigen Anträge werden durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Vertagung. Die Angabe im gestrigen Bericht, daß Schulski (Transportarbeiter) den Antrag Rohs auf Streichung des Absatzes 4 dieser Resolution mit Unterstützung habe, ist unrichtig.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Hierzu liegt folgender Antrag vor:

Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Durch die technische und kapitalistische Entwicklung wird die Produktivität der Arbeit gesteigert. Um alle Vorteile der Entwicklung ausnutzen zu können, vereinigen sich die Unternehmer in Kartellen, Arbeitgeberverbänden und ähnlichen Organisationen. Die Unternehmerverbände sind Nachstärker im wirtschaftlichen und politischen Leben, die den Kapitalprofit steigern, den politischen Einfluß der Unternehmer heben, aber die Arbeiter oft zu modernen Leibeigenen des Kapitals herabdrücken.

Die Abhängigkeit der Arbeiter vom einzelnen Unternehmer wird gesteigert durch Mietverträge bei Ueberlassung von Wohnungen, durch Pensionsklassen und andere sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, die aus den für Arbeitslohn bestimmten Summen unterhalten werden. Die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter, Freizügigkeit, Koalitionsrecht usw. werden beschränkt und oft böllig vernichtet durch Verträge der in Unternehmerverbänden organisierten Kapitalisten.

Der große Einfluß der Unternehmerverbände (Zentralverband deutscher Industrieller usw.) auf Gesetzgebung und Verwaltung wird ausgenutzt, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter zu steigern. Jedes Gesetz sucht der Zentralverband so zu formen, wie es dem Ausbeuterinteresse entspricht.

Dem Beispiele der Unternehmerverbände müssen die organisierten Arbeiter folgen und alle Gesetzesvorlagen darauf prüfen, wie sie für die Arbeiter im allgemeinen und für die einzelnen Berufe im besonderen wirken. Alle Bedenken gegen ganze Gesetze oder einzelne Teile von Gesetzen, sowie Verbesserungsvorschläge der Arbeiter müssen in Resolutionen zusammengefaßt und den gesetzgebenden Körperschaften zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

Um bestehende Mißstände zu beseitigen und die Entstehung neuer Mißstände zu verhindern, fordert der Gewerkschaftskongress für alle Personen, die für Lohn oder Gehalt körperliche oder geistige Arbeitskraft in Dienste anderer stellen, ein einheitliches Arbeiterrecht, wodurch das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer so geregelt wird, daß die Arbeiter vor Ueberborteilungen geschützt und die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter sichergestellt sind; ferner fordert der Gewerkschaftskongress den Erlass von Gesetzen und Verordnungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter und Einrichtungen, die den Arbeiter vor Versinken in Pauperismus soweit bewahren, als es in der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist.

Insbesondere fordert der Kongress:

- I. Zur Sicherung der Rechtsverhältnisse:
  1. Arbeiterkammern;
  2. volle Koalitionsfreiheit für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen;
  3. zwingendes Recht für alle zum Schutze der Arbeiter erlassenen Gesetzesbestimmungen, damit sie nicht durch Verträge aufgehoben werden können;
  4. eine gesetzliche Grundlage für kollektive Arbeitsverträge (Tarifverträge);
  5. Verbot des Trucksystems in allen Formen.
- II. Zum Schutze von Leben und Gesundheit:
  1. Festsetzung eines höchstens 8 Stunden betragenden Normalarbeitstages;
  2. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren;
  3. Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Arbeiten, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt des Nachts getan werden müssen;
  4. eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in der Woche für jeden Arbeiter;
  5. durchgreifende gewerbliche Hygiene; Erlass von wirksamen Krankheitsverhütungsvorschriften;
  6. Unfallverhütung; unter Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle.
- III. Zur Bewahrung vor Versinken in Pauperismus.
 

Bereinlichung und Ausdehnung der Arbeiterversicherung unter der Selbstverwaltung der Versicherten.

  - a) Entschädigungsbeiträge bei den bestehenden Versicherungszweigen in der Höhe, daß die Kranken, Verunglückten und Invaliden vor Not geschützt sind;
  - b) Schaffung einer Mutterchaftsversicherung;
  - c) Schaffung einer Arbeitslosenversicherung;
  - d) Witwen- und Waisenversorgung.

(Das vorerfliche Referat Mollenhuths bringen wir in einem besonderen Artikel.)

## Deutsche Politik.

### Die spähhafte Finanzreform.

Die Mitteilung Wilhelm II., daß im Plane der Reichsfinanzreform auch eine Zungesellensteuer Platz finden werde, ist von verschiedenen bürgerlichen Zeitungen ernst genommen worden. Man hat sogar finanzwissenschaftlich gelehrte Abhandlungen veröffentlicht, um die Unbrauchbarkeit und Ungerechtigkeit einer solchen Steuer bis ins Einzelne darzutun. Das „Berliner Tageblatt“ erfährt jetzt aus zuverlässiger Quelle, daß die Gesellschaft, die den Zungesellensteuer wirklich nur als Witz gemeint war, wir hatten also recht, wenn wir uns sofort der großen Heiterkeit angeschlossen, die der kaiserliche Vorschlag im engern Kreise hervorrief. Ganz ausgeschlossen ist es aber deswegen freilich nicht, daß ein paar Geheimräte, die keinen Spaß

verstehen, sich nun schleunigst auf die Hosen setzen, um eine Junggesellensteuer auszuarbeiten und daß dann das Unheil weiter seinen Lauf nimmt bis zur Beschließung einer solchen Steuer durch den Bloch. Käme es so, so wäre es nicht das erstmal, daß man Worte erst genommen hätte, die doch nur humoristisch zu nehmen sind.

Keine ausreichenden Gründe.

Genosse Karl Liebknecht, der Abgeordnete für den 11. Berliner Landtagswahlbezirk, hatte bei der Oberreichsanwaltschaft den Antrag gestellt, ihm für die Landtagsöffnung, die morgen, am 26. Juni, stattfindet, Urlaub zu gewähren. Das Urlaubsgesuch wurde dem Genossen Liebknecht abgelehnt mit der Motivierung, daß „ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Strafvollstreckung nicht vorliegen“. Die telegraphische Antwort des Oberreichsanwalts, die an die Kommandantur gerichtet war, hatte folgenden Wortlaut:

„Gesuch des festungsgewesenen Rechtsanw. Liebknecht, ihn für die Zeit vom 25. bis 28. dieses Monats zu verurlauben, wird abgelehnt, da ausreichende Gründe für eine Unterbrechung der Strafvollstreckung nicht vorliegen. Ich bitte dies dem Liebknecht zu eröffnen.“

Oberreichsanwalt Zweigert.

Daß der Oberreichsanwalt der Auffassung ist, daß die Absicht des Genossen Liebknecht, seine Pflichten als Abgeordneter auszuüben, einen ausreichenden Grund für die Unterbrechung der Festungshaft nicht darstellt, mag allerdings den Auffassungen entsprechen, die hohe preussische Justizbehörden von den Abgeordnetenpflichten hegen. Originell ist dagegen die eigenartige Stillierung des oberreichsanwaltschaftlichen Telegramms. Die Fassung: „Ich bitte dies dem Liebknecht zu eröffnen“ läßt sich nicht einmal durch übertriebene Sparsamkeitsrückfichten erklären, denn das Wort „Herrn“ würde genau dieselben fünf Reichspennige gekostet haben wie das Wort „dem“. Der Oberreichsanwalt Zweigert fühlte aber offenbar das Bedürfnis, zu beweisen, daß er den Knigge nicht gelesen hat!

Drei sozialdemokratische Anträge im bayrischen Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion der Abgeordnetenkammer hat folgende Anträge eingebracht:

I.

Die Kammer wolle beschließen:

„Die I. Staatsregierung zu ersuchen, mit aller Energie den etwa bestehenden Plänen des Reichsfinanzsekretärs Sydow auf Einführung einer Abgabe auf Elektrizität und Gas entgegenzutreten und die Verwirklichung dieser, die Entwicklung der bayerischen Volkswirtschaft aufs empfindlichste schädigenden Maßnahmen mit aller Kraft zu verhindern.“

II.

Die Kammer wolle beschließen:

„Die I. Staatsregierung zu ersuchen, bei Vergabung staatlicher Arbeiten und Lieferung solche Unternehmer auszusuchen, die auf irgendeine Art ihre Arbeiter und Angestellten an der Ausübung ihres Koalitionsrechtes zu hindern oder sie auf den Verzicht des Koalitionsrechtes zu nötigen versuchen.“

III.

Die Kammer wolle beschließen:

„Die I. Staatsregierung zu ersuchen, eine sich ergebende Mehrung der Einnahmen über den im Etat der Staats-

eisenbahnen für die Jahre 1908 und 1909 festgesetzten Betrag hinaus zur weiteren Durchführung der Beschlüsse der Abgeordnetenkammer vom 10. Juli 1906 und 28. März 1908 zu verwenden. Insbesondere wollen dabei berücksichtigt werden: zunächst die Erhöhung der Grundlöhne und die regelmäßigen Lohnvorrückungen, die Herabminderung der Arbeits- und Dienstreise, die Einführung der Ruhepausen und Ruhetage und die Gewährung des vorgeschlagenen Urlaubs.“

Badische Politik.

Die Geschäfte der zweiten Kammer

sind für diese Woche in der Weise geregelt, daß Dienstag und Mittwoch nachmittags, Freitag und Samstag vormittags, Sitzungen stattfinden. Kommissionsitzungen werden abgehalten am Dienstag Nachmittag vor der Plenarsitzung, am Mittwoch Vormittag, Donnerstag Vormittag und am Freitag Nachmittag.

Zur Bloch-Krise

und dem schon von uns erwähnten scharfen Vorstoß der „Landesztg.“ sagt die „Frankf. Ztg.“, das Zentralorgan der südd. Demokraten: „Im übrigen ist die Blochgenossenschaft bisher am wenigsten von den Nationalliberalen selbst so aufgefaßt worden, daß man um ihre Willen auf die lokale Verfolgung der eigenen Parteiaufgaben verzichten müßte. Ein hochtrabender Debitierstil ist vollends im gegenwärtigen Zeitpunkt und im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen ganz und gar nicht am Platze. Sonst könnte daraus eine Gefahr für die Blocheinigkeit erwachsen. Der demokratische „Landesbote“ lehnt, offenbar im Einvernehmen mit der Parteileitung, die von nationalliberaler Seite angeschlagene Tonart ebenfalls kühl und sachlich ab mit der Unterbrechung, daß im Bloch kein Unterordnungsverhältnis einzelner Parteien unter eine andere, sondern nur volle Gleichberechtigung und Freiheit bestehen dürfe, was natürlich auch für die von der demokratischen Landtagsfraktion für nötig erachtete energische Behandlung der Lehrgeldfrage gilt. Gegenüber der nationalliberalen Beschwerde über angeblichen Mangel an Rücksichtnahme bei Einbringung von Anträgen wird auf demokratischer Seite versichert, daß gerade im vorliegenden Streitfälle die Angelegenheit den Nationalliberalen schwarz auf weiß mehrere Tage vor der entscheidenden Sitzung bekannt sein mußte.“

Der Fall Rapp in Singen.

Die „Karlr. Ztg.“ schreibt halbamtlich: „Nach einer vom „Badischen Beobachter“, aus den „Singer Nachrichten“ übernommenen Mitteilung, soll Lehramtspraktikant Rapp an der Realschule in Singen „aus dem Schuldienst entlassen“ worden sein. Ohne in das Materielle des Falles, das Gegenstand des dienstpostulierten Verfahrens war, einzutreten, möchten wir nur in formeller Beziehung richtig stellen, daß es sich nach den von uns eingesehenen Erklärungen bei der behördlich verfügten Maßnahme nicht um eine „Entlassung“, sondern lediglich um die vorübergehende Enthebung Rapps handelt, dessen Wiederberufung übrigens bereits für die nächste Zeit in Aussicht genommen ist.“

Eine Entlassung aus dem Schuldienst wäre auch in keiner Weise zu rechtfertigen gewesen. Bismarck und die nationalliberale Partei sind doch keine Staatseintrich-

tungen; die zu kritisieren muß auch einem Lehrer erlaubt sein.

Süddeutschland und die Schiffsabgaben.

Bekanntlich haben Bayern, Württemberg und leider auch Baden ihren anfänglichen Widerstand gegen die von Preußen geplanten Schiffsabgaben aufgegeben. In dem Vertrage über die Mainkanalisierung vom April 1905 verpflichtete sich insbesondere die bayerische Regierung, den preussischen Plänen gegen die verfassungsmäßige Abgabefreiheit der deutschen Ströme im Bundesrate keine Schwierigkeiten zu bereiten. Seitdem schien es auch eine Weile lang, als ob bestimmte Handels- und Verkehrskreise in Süddeutschland sich in der Tat eher Vorteile als Nachteile von jener Belastung des Stromverkehrs versprochen. Allmählich scheint ihnen aber in dieser Interessengemeinschaft etwas bange zu werden. Sie fürchten, sie haben sich die Käse im Sack verkauft lassen. Ein recht bezeichnendes Beispiel dafür finden wir im Jahresberichte der Ulmer Handelskammer. Ihrer eigenen bisherigen Zustimmung zu den Schiffsabgaben steht die Kammer jetzt auf einmal recht kritisch gegenüber. Denn diese Zustimmung wäre, wie der Bericht sagt, nur dann berechtigt,

„wenn Preußen nicht darauf abzielt, vorläufig einmal die grundsätzliche Zulassung von Abgaben, sei es auch in geringer Höhe, zu erreichen, um dann später eine beträchtliche Erhöhung vorzunehmen. In dieser Befürchtung gehen gelegentliche Bemerkungen der preussischen Regierung einher. In der Denkschrift zum Mainkanalisierungsvertrag hat sie sich dahin ausgesprochen:

„Die Abgaben werden den Regierungen durch die Handhabung der Tarifbildung einen gewissen, vom Standpunkt der deutschen (lies: preussischen) Verkehrspolitik wünschenswerten Einfluß auf die künftige Entwicklung der Güterbewegung auf der Wasserstraße ermöglichen.“

Mit anderen Worten: die Abgaben sollen dazu dienen, die Ueberlegenheit der Wasserstraßen über die Eisenbahnen einzuschränken oder die Beförderung gewisser Güter auf den Wasserstraßen zu verhindern. Diesen Zweck werden sie nur erfüllen, wenn sie entsprechend erhöht werden.“

Zwar versucht die Kammer alsdann, sich über ihre eigenen Bedenken zu trösten: Die süddeutschen Staaten müßten maßgebenden Einfluß auf die Höhe der künftigen Abgaben haben und deren Tarife niedrig halten, die Abgaben würden auch vorwiegend den süddeutschen Wasserstraßen und Wasserbauten zugute kommen. Aber glaubt man denn in Süddeutschland wirklich, daß Preußen sich seit fünf Jahren für Pläne abmühe, die vorwiegend anderen Bundesstaaten zugute kommen sollen? Glaubt man, daß all die versprochenen oder erhofften süddeutschen Wasserbauten mit niedrigen Schiffsabgaben bezahlt werden können? Oder daß Preußen die Regelung der Rheinschiffsabgaben für die preussische, d. h. die Hauptstraße des Rheins, aus der Hand geben wird? Nein, aller Optimismus darf darüber nicht täuschen: Was Preußen erstrebt, sind Schiffsabgaben nach preussischem Ermessen, die den Zwecken der preussischen Eisenbahnpolitik und Agrarpolitik (Getreideeinfuhr) dienen sollen, und, wie die Ulmer Handelskammer ganz richtig bemerkt, diesen Zweck werden die Abgaben nur erfüllen, wenn sie entsprechend erhöht werden.

Wahlsch. 28. Juni. Der vielbesprochene Weisweiler Gemeindevorstand, der im Januar und Februar dieses Jahres soviel Staub aufwirbelte, hatte gestern vor dem Land-

Rückblick auf das Spieljahr 1907/08 des Hoftheaters Karlsruhe.

II.

Schrecklicher gestaltet sich der Rückblick auf den Spielplan des Hoftheaters. Hier zeigt sich entgegen der Oper — was Novitäten betrifft — eine ungewohnte Reichhaltigkeit. Neben den beiden genannten Urstücken also: 1. Semann „Kater und Sohn“, 2. Schönthan und Kadelburg „Goldfische“, 3. Spaw „Wie er ihren Mann belog“, 4. Belitschko „Der Schrittmacher“, 5. Blumenthal und Kadelburg „Der letzte Funke“, 6. Julda „Der Dummkopf“, 7. Wied „2x2=5“, 8. Köhler und Selter „Wollenträger“, 9. Gruppe-Wörcher „Prinzessin Herzlieb“, 10. Heibel „Herodes und Mariamne“ und 11. desselben Autors „Michel Angelo“, 12. Hofmannsthal „Die Hochzeit der Sobeide“. Hierzu kommen an Neueinstudierungen: 1. Calderon „Nichter von Salamea“, 2. Grillparzer „Sapho“, 3. Schaferspeare „Hamlet“, 4. Meist „Rätschen von Heilbronn“, 5. Julda „Der Talisman“. Es ist gegen das Bestreben, viel Abwechslung zu bieten, an sich nichts einzuwenden, nur möge man vor dieser Abwechslung nicht die Fühlung mit dem distinguierten Geschmack, wie er sich all die vergangenen Jahre so erfolgreich und für die Kunst so segensreich am hiesigen Hoftheater kundgetan, verlieren und in der Auswahl von Neuheiten dem heiteren Genre, und zwar jenem mit banalem Einschlag, der Marktware, nicht einen allzu breiten Raum zur Verfügung halten, damit nicht das Verslein des Oberregisseurs des Berliner Schauspielhauses auch in Karlsruhe sich bewahrheitet: „Kein System birgt reines Glück, das bringt allein das Kassenstück“. Man bedenke, ein Geschäftsunternehmen war das Hoftheater Karlsruhe bis jetzt noch nie, solange es sich fürstlicher Subventionen erfreut. Es lassen sich auch auf andere Weise wie durch „Wollenträger“ oder „Goldfische“ Auführungen pekuniäre Gewinne erzielen und das ist der Wunsch, den wir der Theaterdirektion fürs kommende Jahr ans Herz legen möchten: dem einen oder andern unserer klassischen Dichtwerke eine richtige Neuaufführung angedeihen zu lassen. Es brauchen nicht viele zu sein, zwei genügen schon in einem Jahr, aber Inszenierung und Ausstudierung müssen aufs feinste vorbereitet und durchgeführt sein. Ein Stil, der dem modernen Empfinden wie der Ausbeutung der dichterischen Stimmung gleichzeitig gerecht wird. Kurz, eine Neubelebung der klassischen Meisterwerke.

Wer wollte leugnen, daß hier noch ein weites Feld ungelöst und überaus dankbarer Aufgaben vor uns liegt? Und auch das breitere Publikum mit der Zeit daran gewöhnen! Es ist früher mitgegangen, es wird auch heute mitgehen. Das ist einer der wesentlichen Bestandteile der Kulturaufgaben, die ein Hoftheater zu erfüllen hat, daß es auch das Gros des Publikums mit wohlhabender und gut dargebotener Stoff an sich zu ziehen versteht und nicht dessen immer wieder überschlagenden Ge-

schmack Vorhieb leistet. Wir gestehen unumwunden zu, daß man sich namentlich in der zweiten Hälfte des Spieljahrs mit Erfolg bemüht hatte, Gutes zu bieten; aber irgend ein Stück, das durch ganz besonders hervorragende Eigenschaften einer einheitlichen künstlerischen Gesamtqualität die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hätte, gab es nicht. Nicht einmal der mit dem Reiz der gänzlich neuen Dekorationen ausgestattete Hebbelsche „Herodes“ wurde in allen seinen Feinheiten dem Dichter gerecht. Die Verstöße gegen historische Treue waren gerade bei den klassischen Stücken keine Seltenheit. Das schlimmste aber ist, wenn hierzu noch falsche Deutungen wichtiger Trägerpartien kommen. Wir wollen hier nur zwei Beispiele anführen: Die Sapho der Frau Frauendorfer und die Daja (Nafsan) der Frau Fig. Man hatte öfter Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß namentlich Frau Fig von der Leitung eigentümlich stark bevorzugt wurde, daß ihr Rollen zugeteilt wurden, die absolut nicht in ihr Fach gehören, während die für das hier in Betracht kommende Fach engagierte Künstlerin einfach übergangen wurde. Es betrifft dies in der Hauptfrage das Fach der Heldinnen, das früher Frau Rachel-Wender inne hatte, gegenwärtig durch Fr. Cammer erfolgreich vertreten wird. Sollte es sich bestätigen, daß für Fr. Cammer, die jetzt mit Ende des Spieljahres aus dem hiesigen Bühnenverbande ausscheidet, kein Ersatz geschaffen wird (ein Gastspiel ist nicht erfolgt), so muß man zugeben, daß das keine erfreuliche Aussicht auf klassisches Bühnenauführungen oben bezeichneter Art bietet. Ebenfalls scheidet der Vertreter für humoristische Rollen, Herr Hahle, sowie der Regisseur des Schauspielers, Herr Schefranek, aus, was der neu engagierte Regisseur von Köln zu leisten imstande ist, muß sich erst zeigen. Nicht unerwähnt soll auch hier das 25jährige Bühnenjubiläum Wilh. Waffermanns bleiben, das der hochbegabte Schauspieler auf der vollen Höhe seiner künstlerischen Leistungsfähigkeit Mitte Januar feiern konnte.

Wie alljährlich, so fanden auch in der abgelautenen Spielaison Gastspiele verschiedener Künstler auf Ruf statt. In der Oper durften wir wieder Frau Sigrid Arnoldson (Julia, Mignon) begrüßen, sowie Frau Henny Lindenbach (Lafme, Traviata), im Schauspiel Frau Praxa-Gredenberg (Marie Kull, Antoinette, Irene), Herrn Konrad Dreher (Jägerblut) und Monsieur Mounet-Sully (König Oedipus). Erwähnung verdient des ferneren das Gastspiel des Elßäss. Theaters Straßburg mit seinem neuen Stöckel „Ins Koppers Apothek“, sowie das Gastspiel der Duncanschen Langsule.

Die letztere hat auf den dritten Kulturfaktor des Hoftheaters, auf die Langkunst, anregend eingewirkt. Es soll auch hier an dieser Stelle das Verdienst der Balletleiterin, Frau Megri-Wahz, gebührend gewürdigt werden, daß sie bemüht mit derallerten Traditionen bricht und das Ballet auf eine höhere Stufe (mimische Kunst) zu bringen sich bemüht. Wir sind überzeugt, daß sie noch mehr zu leisten imstande wäre, wenn ihr Gelegenheit dazu gegeben würde, denn es war auf-

fallend, daß das Ballet im Laufe dieses Jahres eine so geringe Verwendung fand. Warum gibt man denn keine Langdivertissements mehr wie in früheren Jahren, nach kurzen Opern oder Schauspielen? Auch im Balletpersonal ist ein Verlust zu beklagen, und zwar betrifft dieser die Solotänzerin Fr. Luise Kling, eine stets beliebt gewesene Künstlerin.

Großen Anklang haben beim Publikum die Volksvorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen gefunden, wofür der Theaterleitung Anerkennung gebührt. Doch dürfte zu erwägen sein, ob denselben nicht auch vollständig öffentliche Volksvorstellungen (nicht ausschließlich für Arbeitervereine) mit offiziell ausgegebenem Theaterzettel u. a. einheitlichem Preis von etwa 50 Pf., ähnlich wie sie jetzt in Mannheim eingeführt sind, ananschließen möglich wäre. Denn die Allgemeinheit hätte dann ungleich mehr davon.

Und zum Schluß unseres Epilogs sei auf noch einen Umstand hingewiesen, der immer wieder Klagen im Publikum laut werden läßt. Es betrifft das die auf der äußersten linken und rechten gelegenen Plätze des 4. Ranges. Eine Augencheinahme derselben, welche die Theaterleitung vornehmen sollte, wird ihr bestätigt, daß von den Plätzen Nr. 34—40 bezw. 31—39 der ersten Reihe (von der zweiten überhaupt nicht zu reden) ein Ausblick auf die Bühne schlechterdings unmöglich ist. Man sollte diese Plätze am richtigsten ganz entfernen oder doch einen mindestens nicht höheren Preis als für die relativ vorteilhafteren Stehplätze einfordern.

Mit der Wiederholung der Boieldieu'schen Oper „Johann von Paris“ und im Anschluß daran mit dem musikalisch reizvollen Ballet „Coppelia“ wurde am gestrigen Sonntag (nicht wie es in unserm „Rückblick“ infolge eines Druckfehlers hieß: am verflossenen Samstag) die diesjährige Theateraison geschlossen. Der Abend war besonders bemerkenswert, als es sich gleichzeitig um das Benefiz zweier Künstlerinnen handelte, deren Verlust eigentlich zu beklagen ist. Die beiden Scheidenden, die Koloratursängerin Fr. Lotte Cornar und die Prima Ballerina Fr. Luise Kling wurden denn auch mit Recht vom Publikum lebhaft gefeiert und mit einer Anzahl prächtiger Lorbeerkränze ausgezeichnet.

Durch ein technisches Versehen ist im Samstag-Rückblick in der 3. Spalte, Absatz: Es muß ferner angenommen werden... ein Satz unendlich wiedergegeben. Er muß lauten: „Es muß ferner angenommen werden, daß Dr. Köhler brauchen auf dem Lande sich die Messen und Gesänge in kathol. Kirchen angehört hat, daß er sich von dem dergestaltigen Stand der gemischten Chöre und des badischen Gefangenenunterrichtswesens sowie von dem dieser Tage erschienen neuausgearbeiteten Lehrplan persönlich überzeugt hat und nur so auf Grund der besten Vertrautheit mit dem, was seit Jahrzehnten erfahrene Männer auf diesem Gebiet aufgebaut haben, sich sein Urteil gebildet hat.“

gerichte hier noch ein Nachspiel. Rechtsanwalt Wielandt, der einen Teil der streitenden Parteien vertrat, war wegen öffentlicher Beleidigung des hiesigen Amtsvorstandes, Geh. Rat Reim, angeklagt. Er hatte über den Beamten in öffentlicher Wirtschaft eine beleidigende Äußerung gebraucht, der wenig Schmied besäße. Der Prozeß, zu dem sich viel Publikum eingefunden hatte, währte von vormittags 1/9 Uhr bis abends 1/10 Uhr. Zahlreiche Zeugen wurden einberufen, welche über die verworrenen Gemeindeverhältnisse interessante Aussagen machten. Eine öffentliche Beleidigung wurde nicht angenommen, da der Angeklagte die Beleidigung bei der Versöhnungsfeier der Parteien nur im engsten Kreise und im Flüstertone mit dem Zusatz, das bleibt unter uns, getan hatte, doch erkannte das Gericht gegen den Angeklagten wegen Beleidigung auf 300 M. Geldstrafe und Ertragung der Kosten.

In Sachen Sättinger „Volkstblatt“ und Rechtsanwalt Wielandt meldet die „Volkststimme“: Wie man in Rechtsanwaltskreisen annimmt, wird wegen des Schluppassus dieser Erklärung, der die Hoffnung ausdrückt, die „katholischen Mitbürger“ möchten Herrn Wielandt „auch fernerhin mit ihrem Vertrauen beehren“, gegen diesen von der Anwaltskammer disziplinarisch vorgegangen werden.

### Aus der Partei.

Elgersweier, 24. Juni. Ein Jubelfest. Am letzten Sonntag feierte die hiesige Parteioorganisation ihr 20. Stiftungsfest, an welchem sich die Genossen des 6. und 7. Wahlkreises sehr zahlreich beteiligten. Es waren vertreten die Orte Votersweier, Gengenbach, Waslach, Kehl, Lahr, Offenburger und Zell a. S. Die Zahl der Teilnehmer betrug nach beiläufiger Schätzung 8-900 Köpfe. Um halb 4 Uhr, nachdem die letzten Gäste eingetroffen waren, setzte sich von der Brauerei Armbruster aus der imposante Festzug in Bewegung. Es war ein Zug und ein Fest, wie es unser Ort wohl mächtiger und imposanter noch nie gesehen hatte und man konnte hinter den Gardinen die verschiedensten Gesichter beobachten, Gesichter mit fröhlicher Feststimmung, aber auch neidische und ängstliche Mienen von Leuten, welche schon die Mauern wanken sahen. Auf dem Festplatz entwickelte sich ein fröhliches Treiben. Nachdem die Wagenfrage gelöst war, trugen die Sängerschöre Lahr, Offenburger und Zell ihre gut einstudierten Lieder vor. Darauf hielt Genosse Reichstagsabgeordneter Ad. Ged die Festrede. In kernigen Worten schilderte derselbe die Schrecken des Sozialistengesetzes, unter welchem die hiesige Organisation gegründet wurde und schloß mit einem kräftigen Appell an die jungen Parteigenossen, mit ebensolcher Energie und Ausdauer zur Fahne der Sozialdemokratie zu stehen wie ihre Vorkämpfer und die Gründer der hiesigen Organisation und schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in welches die Festgäste begeistert einstimmten. Die große Aufmerksamkeit sowie der stürmische Beifall zeigten, daß der Redner allen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Nach der Festrede folgten Musik, Gesangschor und Kinderbelustigungen in bunter Abwechslung und nur gar zu bald war die Scheidestunde herangerückt. Es war ein Fest, das in allen Teilen als gelungen bezeichnet werden darf und es sei an dieser Stelle allen Teilnehmern herzlich gedankt. Ein großes Wiedersehen am 25.!

Bemerkten wollen wir noch, daß sich auf dem Festplatz ein schwarzer Dudumäuser unbefugterweise herumgetrieben hat und seine langen Intrigantennoren nach Material für sein unsauberes Verläumder-Handwerk ausstreckte. Er wurde beobachtet und wenn aus dem Hinterhalte wieder mit Rauche nach uns gesprüht wird, so weiß man, wer dahintersteht.

### Gewerkschaftliches.

Werrach, 22. Juni. Die Spinnerei und Weberei Steinen am Kranger. Die Freiburger Stadtkammer beschaffte sich in der Samstagmorgens mit der Beleidigungsfrage des Fabrikdirektors Köchlin in Steinen gegen den Geschäftsführer des Deutschen Textilarbeiterverbandes Adolf Rieslich in Werrach. Rieslich wurde betanlich von Werracher Schöffengericht freigesprochen, da ihm das Gericht den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zubilligte. Der Privatkläger rief gegen das freisprechende Urteil die Stadtkammer als Berufungsinstanz an. Als Klageobjekt kommt ein Flugblatt in Betracht, welches sich mit den Verhältnissen der Textilarbeiter im Werrach befaßt und in welchem die Behauptung aufgestellt war, die Spinnerei und Weberei Steinen heimlich einen jährlichen Nettogewinn von 691 M. pro Arbeiter ein. Das Flugblatt, welches Rieslich zum Verfasser hat, gebrauchte dabei das Wort „herauspressen“.

In der Schöffengerichtsverhandlung wurde zwar konstatiert, daß der Beklagte, unrichtig informiert, mit der Summe von 691 M. zu hoch gegriffen hatte. Die Firma wollte nur einen Jahresverdienst von 192 M. gelten lassen; Rechtsanwalt Grumbach wies aber nach, daß eine gleich hohe Summe, wie die Dividende betrug, zu Abschreibungen Verwendung fand, wodurch immer noch das — sagen wir respektable — Stummchen von 384 M. pro Jahr und Arbeiter an Reingewinn einfiel.

Die Schöffengerichtssitzung förderte einige interessante Einzelheiten zutage, die die Firma, welche sich viel auf ihre Arbeiterfürsorge zugute tut, in einem merkwürdigen Licht erscheinen lassen. So wurde festgestellt, daß die Firma bei jeder Lohnzahlung den Arbeitern der sogenannten „Decompte“, d. h. die Pfennigbeträge, zurückbehält und erst am Neujahr auszahlt, ferner mußte ein Angestellter der Firma das Vorhandensein von schwarzen Listen zugeben. Weiter ergab die Verhandlung, daß ein Arbeiter Kiefer in Maulburg, der die Fabrikinspektion von Werrach in der Fabrik brieflich verständigte, mit Vater und Mutter aus Pfalzler gefest wurde.

Die Stadtkammer erkannte, unter Aufhebung des schöffengerichtlichen Urteils, wegen Beleidigung auf eine Geldstrafe von 50 M., event. 10 Tage Gefängnis und Kostentragung. Alles in allem hat sich die Firma in dem Prozeß keine Vorbeeren gehalten, darüber wird sie sich auch durch die ausgesprochene Geldstrafe nicht hinwegtäuschen.

Lobtau, 28. Juni. Im nahen Brandenburg sind in zwei Württenholzfabriken die Arbeiter in den Ausstand getreten. Die Arbeiterinnen der Filiale S. G. Thomas, Württenfabrik Lobtau, haben ebenfalls die Kündigung eingekündigt. Sie verlangen eine geregelte zehnstündige Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung.

### Badische Chronik.

#### Durlach.

28. Juni.

Da heute in der Person der Trägerin für den 1. Bezirk (Amalienstraße, Kiliansfeldstraße) eine Aenderung eintritt, möchten wir die in Betracht kommenden Abonnenten ersuchen, wenn Unregelmäßigkeiten in der Zustellung des Blattes vorkommen sollten, etwas Rücksicht zu nehmen und etwaige Reklamationen an die Filiale Expedition F. Flohr, Friedrichstraße Nr. 5, 4. Stod, gelangen zu lassen.

#### Bruchsal.

28. Juni.

Gelbe Schuhmacher. Am letzten Sonntag marschierte eine Gesellschaft durch die Stadt, die mit einer Wardszelle die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zu lenken suchte. In bombastischer Form wurde der Einwohnerverein der Firma Sulzberger u. Sohn seine dreijährige Gründungsfeier veranstaltet. In verschiedenen Variationen wurde noch in den beiden hiesigen Blättern auf diese Veranstaltung hingewiesen. Man erfährt hierbei auch, mit was für einer Gesellschaft man es zu tun hat. Der „Bruchsaler Boten“ schreibt nämlich: „Der Verein verfolgt recht ideale Ziele, welche dazu beitragen, ihm einen Platz in der Gesellschaft der bürgerlichen Vereine zu sichern.“

Die „Bruchsaler Zeitung“ berichtet, daß sich unter den auswärtigen Gästen auch zwei liberale präzisische Arbeitervereine befanden. Unter 27 solcher Vereine sei der Zusammenschluß bemerkt worden.

Wir können der bürgerlichen Gesellschaft nur gratulieren zu diesem Zusammenschluß. Doch betrachten wir uns die Gründung einmal näher. Vor drei Jahren wurde der Arbeiterverein gegründet und zwar unter „schwierigen Verhältnissen“, um mit dem „Bruchsaler Boten“ zu sprechen. Allerdings waren die Verhältnisse „schwierig“. Nach dem damaligen Streit in der Schuhfabrik scharte sich nämlich eine „Elite“ von „Arbeitswilligen“ unter Leitung eines gewissen Herrn Leonhard zusammen, um bei dem Herrn Sulzberger Wohlgefallen zu finden und Herr Sulzberger, der seinen Vorteil als kluger Geschäftsmann sofort erkannte, unterstützte diesen Zusammenschluß und hatte seine helle Freude an dieser Gründung. Verschiedene der Gründer hatten dafür schon bevorzugte Stellen erhalten, andere mußten aber auch schon den Bruchsaler Staub von den Pantoffeln schütteln, da sie trotz aller Liebesdienste in Ungnade gefallen waren. Der „treue Eckhard“ des Herrn Sulzberger, eben jener Leonhard, hat es jedoch sehr wohl verstanden, sich die Gunst seines Herrn und Götters zu sichern. Herr Sulzberger aber wird sich ins Häuschen lachen, daß er die „Begehrtheit“ seiner Arbeiter lahmgelagert hat.

Mit derartigen Festlichkeiten sucht nun dieser Herr Leonhard die Arbeiter über ihre Misere hinwegzutäuschen; ob dies auch für die Dauer geht, wird die Zeit lehren, obgleich jeder neu in das Geschäft eintretende Arbeiter oder Arbeiterin diesem Verein, der den „Geldern“ so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern, beitreten muß. Für die Arbeiter wäre es weit besser, sie würden sich um ihre gewerkschaftliche Organisation kümmern. Sie würden damit weiter kommen, als wenn sie die gelben Quertreibereien dieses Herrn Leonhard und seiner Helfer mitmachen.

#### Ettlingen.

28. Juni.

Die Spitalbombe ist geplant. Am 26. Juni teilte der Herr Amtsvorstand dem seitherigen Spitalarzt Herrn Dr. Schmidt mit, daß nach anderthalbjähriger Überlegung das Ministerium zu dem Beschluß gekommen ist, daß dieser seinen Posten am 1. Juli abgeben muß und an seine Stelle vorläufig der als „äußerst tüchtige“ Kraft bekannte Herr Medizinalrat Dr. Fröhlich tritt. Die Person des neuen Spitalarztes ist den Ettlingern schon recht, vorausgesetzt, daß sie mit ihm nicht zusammenzufallen werden. Seine frühere Tätigkeit als Spitalarzt ist hier noch in — sehr angenehmer Erinnerung. Einige kleine Fehler allerdings, falsche Diagnose, Vernachlässigung der Kranken und Fälligkeit gegen dieselben, veranlaßten den Gemeinderat seinerzeit, den Herrn vor die Alternative des „Gehens“ oder „Gegangenernehmens“ zu stellen, allein es wäre offenbar damals nicht soweit gekommen, wenn die Stadtkammer den kürzlich gegebenen Rat des Bürgerausschusses mitgliedes Raab befolgt hätte und immer erst die ministerielle Entscheidung abwarten würde.

Die Gründe, die das Bezirksamt gegen den seitherigen Spitalarzt mit Hilfe von „Kollegas“ und mit Zurückgriff auf eine Reihe von Jahren gesammelt hat, waren so „schwerwiegend“, daß die Natur, daß sie dem Betroffenen gar nicht mitgeteilt werden konnten. In seiner Spitalarbeit vermochte man ihm nichts wesentliches zur Last zu legen; doch halt, wir wollen gerecht sein. Herr Dr. Schmidt hat in unverantwortlicher Weise verfaßt, die Einträge in das Spitalbuch zu besorgen und das hat wohl den Ausschlag gegeben: vom 30. Mai bis zum 10. Juni waren keine Einträge gemacht (das hat das Bezirksamt entdeckt), weil in dieser Zeit — kein Kranker eingeliefert wurde (das hat das Bezirksamt nicht entdeckt)! Ebenso hat das Bezirksamt auch von den vielen Verfehlungen des Herrn Dr. Fröhlich keine Ahnung, während es unter Mithilfe anderer auf Jahre zurückgreift und Dr. Schmidt nachsicht, aus — Objektivität natürlich. Nun ist der Bürgermeister befehtigt, Dr. Schmidt ebenfalls, nun folgt die Spitaloberin und dann geht, so Gott es will, zum Wohl der hiesigen Einwohnerschaft, auch noch — Herr Dr. Mal.

#### Offenburg.

28. Juni.

Der dem heimischen Komponisten Karl Henmann errichtete Gedenkstein wurde gestern unter zahlreicher Teilnahme von Sängern aus Nah und Fern in feierlicher Weise enthüllt.

Druckfehler- bezw. Metteurteufel. Eine Verwechslung der Rubriken ist in unserer Nr. 147 vom Samstag vorgekommen. Die Notiz: Die Uebergabe des Henmann-Denkmalts gehört unter Offenburg, während die Notiz: Die Ortsgruppe Freiburg des Oberrhein. Vereins für Luftschiffahrt unter Freiburg gehört.

### Freiburg.

28. Juni.

Eine Versammlung der hiesigen Ortsgruppe der Krankenkassenbeamten fand am 20. Juni, abends, statt, an welcher mit einer einzigen Ausnahme alle am Orte anwesigen sowie die Kollegen von Emmendingen und Waldkirch teilnahmen. Außerdem waren die Kollegen Gefft-Karlsruhe, Vorsitzender der Bezirksgruppe, und Kraiker-Mannheim, Vorsitzender des Bezirksstarikamtes für die Angestellten erschienen. Ersterer gab bezüglich der Agitation einige praktische Winke und ermahnte zum einmütigen Zusammenhalten, nur dadurch könne die Lage der gesamten Kollegen gehoben werden. Kollege Kraiker-Mannheim referierte in 1/2stündiger Rede über die Generalversammlung, über den gegenwärtigen Stand der Reform der Arbeiterversicherung und den Wert der Tarifvereinbarungen. Seine Ausführungen gipfelten in der Notwendigkeit des Zusammenfassens aller Kräfte der gesamten Krankenangeestellten, um den weiteren Ausbau des geeinten Verbandes. Das allein bietet die Garantie, daß sich die Tarifvereinbarungen bei allen Kassen Einführung verschaffen. Der Verband sei ein wirksames Mittel, um mit den Versicherten jede beabsichtigte Verschneidung der Selbstverwaltung zu bekämpfen. Die lehrreichen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Mit der Tätigkeit der delegierten Kollegen Stodinger-Pforzheim und Kraiker-Mannheim erklärten sich die Versammelten einverstanden. An dieses schloß sich eine Besprechung der örtlichen Verhältnisse an. Namentlich wurde allseitig verlangt, daß nun endlich einmal die Düsselbacher Tarifvereinbarungen und der Anstellungsvertrag in Freiburg zur Wirksamkeit werde. Nachdem verschiedene Kollegen zu den Freiburger Verhältnissen gesprochen, schloß der Vorsitzende Kollege Furtwängler die Versammlung mit dem Wunsche, daß auch der Vorstand der Freiburger Ortskrankenkasse so bald wie möglich sich anbeise, gleich dem größten Teile der badischen Städte die Düsselbacher Tarifvereinbarungen aufzunehmen.

Ueber „Alkoholismus und moderne Arbeiterbewegung“ sprach in der letzten gut besuchten Mitgliederversammlung des deutschen Arbeiter-Abstinenz-Bundes Gen. L. Riedmüller. Redner hatte seinem Thema zu Grunde gelegt: Bekämpfung des Alkohols nicht nur, weil er in großen Mengen genossen dem Körper schädlich ist, sondern weil er, auch in kleinen Dosen genommen, demselben absolut nichts nützt. Anknüpfend an letztere These erläuterte der Referent an vielen Beispielen die Richtigkeit derselben. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner Ausführungen. Die regelmäßigen Versammlungen der Ortsgruppe, zu denen Gäste stets Zutritt haben, finden jeden Mittwoch nach dem 16. im Monat im alkoholfreien Restaurant, Kaiserstraße 35, statt.

Von der Handelskammer Freiburg wurde dem Stadtrat vor einiger Zeit eine Denkschrift überreicht, die eine Reihe von Beschwerden und Wünschen bezüglich der Vergebung städtischer Arbeiten enthält, deren Regelung schon seit Jahren von den hiesigen Handwerkern erstrebt wird. Nachdem der Stadtrat die Angelegenheit im Plenum beraten hatte, wurde zur weiteren Behandlung eine städtische Kommission eingesetzt. Da letztere aus persönlichen Gründen seither noch nicht tagen konnte und infolgedessen den Beteiligten eine Antwort nicht zugegangen war, sprach am 17. Juni eine Deputation von Vertretern der Handelskammer, des Gewerbevereins Freiburg, der vereinigten Innungen und des Arbeitgeberbundes bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Winterer vor. Nach eingehender Aussprache wurde von diesem die Einsetzung einer gemischten Kommission, bestehend aus Vertretern der Stadtkammer und der vorbenannten Organisationen, unter Vorsitz eines der Herren Bürgermeister, in Aussicht genommen, worüber der Stadtrat Freiburg noch zu beschließen haben wird.

Hoffentlich wird man zu der Kommission auch einen Vertreter des Gewerkschaftskartells zuziehen, denn die Arbeiter haben das größte Interesse, daß bei Vergebung von Submissionsarbeiten mit hineingenommen werden, die den Arbeitern ein anständiges Auskommen garantieren.

Eine Warnung für die Nabaubrüder, welche für ihre nächtlichen Aufführungen sogar die Nähe von Krankenhäusern aufsuchen, erklärt die hiesige Polizeibehörde. Strenge Verhaftung wird im Verletzungsfalle angedroht. Ein scharfes Vorgehen gegen solche „Geldern“ ist nur zu begrüßen und wird hoffentlich eingegriffen, auch wenn dieselben farbige Mützen tragen.

Milchpantischerin. Die Ehefrau des Adolf Dilger in Freiburg-Dehenhausen wurde vom Schöffengericht wegen Milchfälschung zu einer Geldstrafe von 30 M. bezw. 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Recht so!

Pforzheim, 28. Juni. Einen sonderbaren Unfall erlitt gestern Vormittag der Proturist einer hiesigen Firma. Als er an seinem Schreibtisch saß, fiel ihm ein größeres Stück Glas des Oberlichtes auf den Kopf, wodurch er mehrere Verletzungen erlitt. Der Verletzte mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Defelbrunn, 29. Juni. Auf der Straße zwischen Defelbrunn und Niefern an einer abschüssigen Stelle verlor gestern Abend halb 7 Uhr ein vom Sängersfest heimkehrender Radfahrer von Detigheim die Gewalt über sein Rad und stürzte einen steilen Abhang hinunter, so daß er bewußtlos liegen blieb. Nachdem ärztliche Hilfe herbeigeholt war, wurde der Verunglückte mittels Droschke nach Niefern verbracht. Ob die Verletzungen lebensgefährlich sind, konnte noch nicht ermittelt werden.

Greffern, 28. Juni. Das Anwesen des Schiffers Josef Friedmann wurde ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden. Das Feuer wurde durch Kinder verursacht, die „Feuerles“ spielten.

Waldkirch, 28. Juni. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der steil abfallenden Straße St. Peter-Clottertal. Der Metzgermeister Linder von Clottertal fuhr mit seinem Gefährt zu Tal, wobei die Bremse versagt haben muß, denn das Fuhrwerk wurde von Passanten total gerammt aufgefunden. Eine auf dem Wagen mitgenommene Frau war sofort tot und Linder, schwer verwundet, verschied nach kurzer Zeit. Letzterer, ein tüchtiger und beliebter Geschäftsmann, hinterläßt eine Witwe mit 3 kleinen Kindern.

Krautheim, 28. Juni. Ein schweres Unglück hat sich hier zugezogen. Der Milchmann von Altrautheim fuhr mit einem fremden Pferde zur Bahn, da er das eigene weggefahren. Die Milchkannen waren abgestellt, das Jüggchen kam. Das Pferd schaute und rannte über eine Schar Kinder. Mehrere wurden verletzt. Ein Kind wurde überfahren und erlitt eine schwere Gehirnverletzung.

### Die Gemeinderatswahlen in Elsaß-Lothringen

fanden gestern statt. Auf ihre Bedeutung haben wir schon kurz verwiesen. Am Samstag schrieb uns unser Straßburger Korrespondent noch: Unsere Gemeindevahlen haben infolge der merkwürdigen Verfassung des Reichslandes die Bedeutung von Vorwahlen für das Landesparlament. Von den 58 Abgeordneten des Landesauschusses werden 24 indirekt durch die Gemeindevertretungen gewählt. Die Gemeinderäte der Städte Straßburg, Metz, Kolmar und Mülhausen haben das Recht, je einen Abgeordneten aus ihrer Mitte zu wählen. In den Landkreisen wählen die Gemeinderäte der einzelnen Kommunen je nach ihrer Bevölkerungszahl Wahlmänner; diese Wahlmänner für je einen Kreis wählen einen Abgeordneten.

Dieses System ist darauf berechnet, die Sozialdemokratie aus dem Parlament auszuschließen. In den Stadtkreisen ist es der sozialdem. Partei durch verlausulierte Bestimmungen unmöglich gemacht, die Mehrheit zu erlangen, in den Landkreisen mühten wir in mehr als der Hälfte der Mittelstädte, kleinen Städte und der Dörfer die Mehrheit bekommen, was in absehbarer Zeit nicht zu erreichen ist.

Nun hat Elsaß-Lothringen ein scheinbar günstiges Wahlsystem. Es besteht das Einkammersystem mit allgemeinem, geheimem, direktem und gleichem Wahlrecht. Abstufungen nach Steuerklassen finden nicht statt. Aber die Ausübung des Wahlrechts steht neben verschiedenen anderen Bedingungen einen dreijährigen ununterbrochenen Wohnsitz in der Gemeinde voraus. Durch diese Bedingung wird großen Kreisen der arbeitenden Klasse das Wahlrecht, das man ihnen prinzipiell zuerkennt, wieder genommen. Dazu kommen noch die Bestimmungen schättsamer Art. So z. B. hat jede Bestrafung für ein Vergehen, das den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nach sich ziehen kann, den Verlust des Wahlrechts zur Folge. Stiehlt also ein armer Teufel, der nichts zu beissen hat, eine Kleinigkeit, so ist er vom Moment der Aburteilung ab 5 Jahre lang des Wahlrechts beraubt, auch wenn er nur einen Tag Gefängnis erhalten hat; denn wegen Diebstahls kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Trotzdem ist es der sozialdem. Partei in Elsaß-Lothringen dank einer unermüdblichen Agitation gelungen, sich in den größten Gemeinden einen achtunggebietenden Einfluß zu sichern. So verfügt unsere Partei im Straßburger Gemeinderat über 16 Sitze von im ganzen 36, und das, trotzdem in den Wahlen vom Jahre 1902 die sämtlichen Ordnungsparteien sich zu einem Ordnungsbündnis zusammengelassen hatten, um die verhasste Sozialdemokratie totzuschlagen. Und auch in Mülhausen konnten die vereinten bürgerlichen Parteien nicht verhindern, daß die sozialdem. Fraktion eine große Minderheit bildet.

Im einzelnen ist die Lage folgende: In Straßburg stehen die sämtlichen bürgerlichen Parteien geschlossen der Sozialdemokratie gegenüber. Von den 36 Sitzen hat die Sozialdemokratie 16 inne. Die bürgerlichen Parteien, bei denen die Liberalen und die Merkmalen die Führung haben, wollen die Sozialdemokratie aus dem Gemeinderat ausschließen. Ihr Plan stützt sich auf die von der Regierung oktroyierte neue Wahlkreis-einteilung. Bisher wählte man in Straßburg nach Bezirken. In einzelnen Bezirken wurde sozialistisch gewählt, in anderen liberal. Nun sind die Bezirke der Innenstadt so zusammengelassen worden, daß ein großer Bezirk von den 36 Mitgliedern des Gemeinderats 23 wählt und in dem die Sozialdemokratie allein eine Mehrheit nicht erlangen kann. Diese raffiniert ausgedachte Einteilung müssen die Liberalen aus. — In Mülhausen ist die Lage dieselbe, nur mit dem Unterschied, daß dort die bürgerlichen Parteien stärker zusammenhalten als in Straßburg. Indes haben die Mülhauser den Sozialdemokraten „großmütig“ 5 Sitze übrig gelassen. Unsere Genossen in Mülhausen werden wohl einen harten Kampf zu bestehen haben. — Ein ähnliches Schauspiel wiederholt sich in Metz. — Nur in Colmar ist das Bild ein anderes. Dort hat der ehemals so vielgerühmte Blumenthal ein Bündnis der Volkspartei mit den Merkmalen zuwege gebracht, mit Ausschluß der Liberalen und der Sozialisten. Blumenthal befürchtete, daß die Liberalen ihn um seinen Bürgermeistertitel brachten und in der Verurteilung um sein Liebes Ich warf er sämtliche Grundzüge über den Haufen und trug den Merkmalen einen Bund gegen die Liberalen an.

In den kleineren Städten ist die Situation wenig klar. Zum Teil halten die Parteigenossen an dem Beschluß des Landesparlamentes fest, monach im ersten Wahlgang die sozialdem. Partei selbständig vorgehen soll.

Suchen erhalten wir aus Straßburg die telephonische Mitteilung, daß in Straßburg die bürgerliche Liste über die sozialdemokr. Liste gestiegen hat. — In Mülhausen haben die vereinigten bürgerlichen Parteien in letzter Stunde die Namen der fünf Sozialdemokraten, welche sie auf ihrer Liste hatten, abgesetzt und durch Merkmalen ersetzt. Infolgedessen ist eine Nachwahl erforderlich, bei welcher an einen Sieg der sozialdemokratischen Liste nicht zu denken ist.

### Bereine und Versammlungen.

**Phllendorf, 22. Juni.** Am 14. ds. Mts. fand hier eine Volksversammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Genosse Krüger sprach; dieselbe war von der Arbeiterschaft sichtlich besucht, besser dagegen von Landwirten und Kleinhandwerkern. Da Gen. Krüger um 5 Uhr wieder abreisen mußte, so ergänzte Gen. Meißner-Nadolszell die Ausführungen. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen beider Redner. Die hiesigen Arbeiter gehen lieber zu der Zeit, in welcher Versammlungen stattfinden, in gewisse Kneipen, um bei solchen „Arbeiterfreunden“ ihr Glück zu suchen. Sie schicken ihre Kinder lieber ins Spital, damit sie eine „Bettelsuppe“ erhalten, anstatt Aufmerksamkeit zu holen, wie sie ihre Lebenslage zu verbessern haben.

Herr Landtagsabg. Weichhaupt wurde mittels eingeschriebenen Briefes eingeladen, da wir der Ansicht waren, daß wenn Herr W. in seiner Wirtschaft über die „Sozgen“ vom Leber ziehen kann, er auch den Mut und die Fähigkeit besäße, mit seinem politischen Gegner Aug in Aug zu debattieren. Aber weit gefehlt. Als die Versammlung stattfand, schimpfte Herr W. in seiner Wirtschaft, weil ihm der eingeschriebene Brief gesandt wurde, nannte dies eine Unverschämtheit und griff den Vorsitzenden der hiesigen Mitgliedschaft persönlich an. Nun, Herr Weichhaupt, derselbe läßt sich von Ihnen nicht beleidigen, aber wir glauben doch, daß es wenig ehrenhaft ist, einen politischen Gegner in seiner Abwesenheit persönlich herunterzureißen; es ist dies mit der Ehre eines Abgeordneten schlecht zu vereinbaren. Die Unverschämtheit liegt auf Ihrer

Seite, wenn Sie sagen, die Versammlung hätte nur stattgefunden, um die Arbeiter zu verheizen. Wären Sie nur in die Versammlung gekommen, Herr Weichhaupt, und hätten es dem „Eigenfeind“, wie Sie den Gen. Krüger in einer Zentrumsversammlung bezeichneten, einmal gesagt. Sie wählen aber jedenfalls deshalb den besseren Teil der Kapferheit, damit Ihnen Ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ nicht vor Augen gehalten werden konnte.

### Kommunalpolitik.

**Daglanden, 24. Juni.** Ein prügellustiger Gemeinderat. Folgender Vorfall ereignete sich unlängst an einem Sonntagnachmittag. Ein paar Schulbuben gingen ins Baden, allerdings an einem nichtöffentlichen Badesplatz. Ein hiesiger Gemeinderat, welcher hinzukam, schlug erbarmungslos auf die Kinder ein, so daß diese nackend die Flucht ergriffen. Der Zorn dieses Herrn ging soweit, daß er den Kindern die Kleider ins Wasser warf. Einem der Kinder fehlt bis jetzt noch ein Schuh, ein Hemd und ein Fädschen.

Wir hätten diesen Fall hier nicht zur Sprache gebracht, wenn nicht noch folgendes dazugekommen wäre: Der Vater eines der Kinder stellte den Herrn noch am selben Tage zur Rede, wobei dieser den Auspruch tat: „Verlage mich nur, wenn ich vor Gericht komme, habe ich doch mehr Recht, als ihr Lumpenpad.“ Er vergaß dabei, daß er sich früher selbst zur Sozialdemokratie, also zum „Lumpenpad“, rechnete. Erst später hat er sich durch alle Parteischattierungen hindurch zum strammen Zentrumsmann durchgemauert.

Der Herr Gemeinderat hätte besser daran getan, seinen Einfluß geltend zu machen, daß wir hier genügend Abdelegungen bekämen. In dem Falle die Kinder in roher Weise zu schlagen, dazu hatte er kein Recht.

### Aus der Residenz.

\* Karlsruhe, 29. Juni.

#### Das Waldfest

der sozialdemokratischen Partei wäre glänzend verlaufen, hätten nicht die Schnafen ihre Blutgier im vollen Maße entfaltet. Die Beteiligung war gut, die verabreichten Speisen und Getränke munden vortrefflich und waren preiswert. Die arrangierten Unterhaltungen, wie Blumenverlosung, Schießen, Kegelschießen, Glücksräder und die Rinderbelustigungen fanden reichlichen Zuspruch. Die Arbeiterfänger trugen Lieder vor, das Gewerkschaftsorchestr ließ frohe Weisen erklingen, sodaß auch die langlustige Jugend zu ihrem Rechte kam. Kurz, ein gelungenes Waldfest, wenn die Schnafen nicht die anderwärts übliche Kundgebung hätten, die Störer ihres Sonntagsfriedens möglichst rasch wieder aus dem Hardtwald wegzufischen.

Den Genossen und Genossinnen, die sich uneigennützig in den Dienst der Sache gestellt haben, an dieser Stelle besten Dank.

### Die Arbeiterfrauen

sollen bei Ihren Einkäufen nur die Geschäfte berücksichtigen, die auch im Arbeiterblatt, dem

#### „Volkshfreund“

inferieren. Wer nicht im „Volkshfreund“ inferiert, gibt damit zu erkennen, daß er auf die Arbeiterfundschaft verzichtet. Die Arbeiterfrauen tun also gut, solche Geschäftsleute nicht zu belästigen.

### Vom Streik bei Zippelius

schreibt uns das Komitee der Metzger: In der gestern im „Auerhahn“ stattgefundenen Versammlung sprach der Vorsitzende des Verbandes der Metzger, Kollege Schneider. Der Referent schilderte die Verhältnisse der Firma und verlas den Tarif, den die Arbeiter eingereicht haben. Die Forderungen sind hauptsächlich: 11 1/2 stündige Arbeitszeit und Kost und Logis außer Haus.

Auf die Flugblätter gab die Firma Zippelius eine Erwiderung heraus, welche nur das bestätigte, was auf unseren Flugblättern stand. Als am Samstag Mittag das zweite Flugblatt herauskam, wo die mit Lumpen verstopfte Schüssel verzeichnet war, kam Herr Z. mit der Schüssel in der Hand zum Vorkommen, um zu fragen, wo die Lumpen ständen. Zum Gaudium der Neugierigen zeigte Schneider den Leuten, daß die Schüssel, welche inwendig rein ist, außen herum, wo früher der Lumpen gesteckt, jetzt verzinnt ist. Es gab ein großes Gekohle und Herr Zippelius zog wieder ab mit der Lumpenschüssel in der Hand. Zum Schluß forderte der Referent die Anwesenden auf, uns im Kampfe gegen solche Rücksichtslosigkeit zu unterstützen. Die Diskussion war eine lebhaft. Ein Diskussionsredner erklärte, daß Frau Zippelius am Samstag Abend auf die Kinder, welche vor dem Laden standen, mit einer Hundepfote eingeschlagen habe, wobei ein Kind im Gesicht ganz blaue Streifen bekam.

Der Bursche der Firma Pfenniger kam in die Wirtschaft von Ziegler in der Bahnhofstraße, um Ware zu bringen. Da erklärte Herr Ziegler: „Ich muß jetzt nur noch Waren von Zippelius nehmen, der Mann muß unterstützt werden, weil ihn die Arbeiterschaft boykottiert.“ Nun, die Arbeiterschaft der Südstadt wird sich diesen Wirt Ziegler auch merken.

Es sind noch einzelne Wirtschaften, die extra jetzt Waren bei der Firma Zippelius holen. Es sind dies: Wirtschaft zum „Bayerischen Hof“, „Schwedische Krone“, „Reichsfrohne“ und „Brauerei Wolf“. Ferner hat ein gewisser Milchhändler B. r., der noch eine Spezereihandlung hat, erklärt: „Was wollen denn diese Meßaergelassen? Zippelius hat recht, wenn er nichts zahlt!“ Die Einwohnerfachschaft der Südstadt möge sich die Wirtschaften und hauptsächlich diesen Herrn gut merken.

In der Versammlung wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute, am 28. Juni, im Lokal zum „Auerhahn“ abgehaltene Volksversammlung spricht den in den Streik getretenen Metzgergesellen ihre volle Sympathie aus und erblickt in dem Verhalten der Firma Zippelius ein ganz brutales und prophanes Vorgehen. Auf Grund dessen hält es die Ver-

sammlung für angebracht, das Geschäft so lange zu meiden, bis der Streik beigelegt ist und dafür Sorge zu tragen, daß das Verhalten der betreffenden Firma ihren Arbeitern gegenüber in der ganzen Arbeiterschaft und der ganzen breiten Öffentlichkeit gegenüber bekannt wird.

Erfreulicherweise wird der Boykott von der Arbeiterschaft der Südstadt glänzend gehalten. Der Laden des Herrn Zippelius ist leer.

### Die technisch-industriellen Beamten

Beschlossen am vorigen Mittwoch in der von uns schon erwähnten Versammlung die folgende Resolution:

„Die am Mittwoch, den 24. Juni 1908 in Karlsruhe im Schrempf, Saal 3, auf Einladung des Bundes der technisch-industriellen Beamten äußerst zahlreich versammelten Privatangestellten erheben schärfsten Protest gegen den hinterhältigen Eingriff des „Verbandes Bayerischer Metallindustrieller“ in das gesetzlich verbürgte Koalitionsrecht. Sie fordern die gesamten Privatangestellten Deutschlands auf, sich zur energischen Abwehr der gegen die Verbesserung der Standesverhältnisse gerichteten Angriffe zusammenzuschließen und Schulter an Schulter in den Kampf um das Recht der Koalition einzutreten. Von den gesetzgebenden Faktoren erwartet die Versammlung, daß sie nunmehr mit größter Beschleunigung dafür sorgen werden, daß die Verhinderung am gesetzmäßigen Gebrauch der Koalitionsfreiheit unter Strafe gestellt wird. Der Presse, die sich den bedrohten Angestellten in so einmütiger Weise angenommen hat, spricht sie dafür ihren herzlichsten Dank aus und bittet sie, ihnen auch fernerhin helfend und fördernd zur Seite zu stehen.“

### Der Durlacher Bahnhof und die Karlsruher Straßenbahn.

Die geplante Verlegung des Staatsbahnhofs in Durlach bedingt eine Verlegung der Straßenbahngleise in der Durlacher Landstraße. Die Kosten für die letztere Maßnahme sind vom städtischen Straßenbahnamt auf 142 000 Mark veranschlagt. Sie sollen nunmehr vorbehaltlich des teilweisen Widerzuges durch die Eisenbahnverwaltung beim Bürgerausschuß angefordert werden.

### Arbeiter-Diskussionsklub.

Am Dienstag, 30. d. M., abends 1/2 9 Uhr, findet im Gemeindehaus, Blücherstraße 20, auf Wunsch wiederum ein Mitgliederversammlung statt. Diese Veranstaltung ist besonders der Demonstration von zahlreichen Reproduktionen nach den Werken des Malers Mathias Grünwald (1500—1530) gewidmet. Das Demonstrationmaterial, das die Kunsthandlung Velten in freundlicher Weise zur Verfügung gestellt hat, wird Herr Karl Fischer erläutern. Gäste können nur durch Mitglieder eingeführt werden.

### Zum Fall Forum.

In Anwesenheit einer überaus zahlreichen Trauerversammlung schloß sich am Samstag Abend das Grab über der Leiche des freiwillig in den Tod gegangenen Lederfärbers Joh. Forum in Mülhburg. Nach 24jähriger Arbeit im Betrieb wurde der 43jährige, stille, ruhige Arbeiter wegen eines geringen Vergehens in maßlos heftiger Weise angefahren und aus der Arbeit gejagt, von einem Borgekehrten, der um 15 Jahre jünger ist und der unter seinen Augen erst etwas gelernt und geworden ist.

### Das Ende der Han-Prozesse.

Herr v. Reitzenstein, der schneidige Duellforderer von Baden-Baden, hat die gegen den Staatsanwalt im Mollitorprozess, Dr. Weicher, erhobene Beleidigungsklage zurückgenommen, nachdem Dr. Weicher ihm eine Erklärung dahin abgegeben hatte, daß es ihm fern gelegen habe, Frau von Reitzenstein zu nahe zu treten.

Das ist gut und schön und wir freuen uns, wenn ein Staatsanwalt einem Zeugen Genugtuung gibt, zumal sich Zeugen im Gerichtssaal manchmal vieles bieten lassen müssen. Wie aber steht es mit der Klage gegen den Herrn v. Reitzenstein, der den Staatsanwalt zum Duell gefordert hat? Diese Handlung ist strafbar und sie kann nicht um deswillen straflos sein, weil es dem freierlichen Duellverehrer eingefallen ist, die Klage gegen Dr. Weicher zurückzuziehen. Wir erwarten, daß die Öffentlichkeit auch darüber aufgeklärt wird.

\* Zirkus Sarrafsani. Früher, als er dachte und ankündigte, muß dieser hier in Karlsruhe so beliebt gewordene Wanderzirkus seine Vorstellungen beenden und die Zelte abbrechen. Die ursprünglich für Donnerstag, 2. Juli, angekündigte Abschiedsvorstellung findet nämlich bereits morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, statt, da der Stadtrat sich weigert, Herrn Direktor Stosch-Sarrafsani den Festplatz länger als bis zum 30. Juni zu überlassen. Der Stadtrat motivierte, wie uns der Zirkus Sarrafsani schreibt, den ablehnenden Beschluß auf das Gesuch des Zirkusdirektors, ihm den Platz noch bis zum 2. Juli zu überlassen, mit dem Einwand, daß am 1. Juli die Vorstellungen des Stadtgartentheaters beginnen, die der Stadtrat vor Konkurrenz schützen müsse. Der ablehnende, nach Ansicht des Direktors Stosch-Sarrafsani ungederkfertige Beschluß trifft ihn außerordentlich empfindlich, da er dadurch mit seiner ganzen Gesellschaft zwei Tage brach liegen muß.

Jedenfalls veranlaßt uns das schon morgen bevorstehende Ende des Sarrafsanischen Gastspiels, allen denen, die sich noch nicht an den glänzenden Darbietungen des Zirkus erfreut haben, nochmals den Besuch dringend zu empfehlen.

\* Die anlässlich des Sängerbundesfestes im Stadtgarten eingerichtete Festbeleuchtung soll dauernd daselbst belassen und bei passenden Gelegenheiten in Betrieb gesetzt werden.

\* Beiertheim. Das städtische Gaswerk teilt mit, daß mit der Ausführung der Erd- und Hochverlegungsarbeiten für die Gaszuführung nach dem Stadtteil Beiertheim Mitte Juli ds. J. begonnen werden wird.

\* Dem Turnverein Karlsruhe-Mühlburg wird ein Stück städtischen Geländes südlich der Honellstraße als Turn- und Spielplatz mietweise zur Verfügung gestellt.

\* Stadtgartenbühnen Karlsruhs. Am 1. Juli wird die neue Spielzeit, die siebente unter der Direktion Heinrich Hagin, eröffnet. Zur Aufführung gelangt die hier so beliebte Operette

Fortschegung auf der 7. Seite.

Zentralblatt zum Volkshfreund

des 18. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervorzuheben: Zum höchsten Königreich der Gewerkschaften nach dem romantischen Stil wie ein Kräftling nach einem schmerzhaften Winter. Die Frauenfrage ist eine Kleinigkeit, aber keine Kleinigkeit.

„Die lustige Witwe“, welche im Vorjahre 25 Aufführungen bei ausverkauftem Hause erzielte.

\* Keine Waldfeier im Bannwald. Der Besitzer einer Wirtschaft an der Griesbachstraße sucht darum nach, daß das nahegelegene Gelände des Bannwaldes wieder wie früher zur Abhaltung von Waldfeiern zur Verfügung gestellt werde.

\* Die städtische Wasserleitung soll nach einem Beschluß des Bürgerausschusses befristet durch die Führung eines neuen Wasserrohrstranges vom Neckplatz nach der Weststadt verlegt werden.

\* Rheinhausen. Das Ministerium des Innern hat zur Anlage des Nordbeckens des städt. Rheinhafens die staatliche Genehmigung erteilt, daran aber u. a. die Bedingung geknüpft, daß die Achse des Beckens um etwa 3 Meter weiter nach Süden, als vorgesehen, verschoben wird.

\* Konzessionsgesuche. Dem Bezirksamt werden unbeantwortet vorgelegt: Das Gesuch des Handelsmanns Josef Groß um Erlaubnis zum Betrieb eines Krudelgeschäfts im Hause Marktgrabenstraße 16, das Gesuch des Wirts Jakob Görzner um Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft zum „Weißen Rind“, Maria Alexandrastraße 15 im Stadtteil Veierheim, des Metzgers Jakob Buchleiter um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum „Storch“, Rheinstraße 15, und der Frau Ida Wegand um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Restaurations Kollenberger“, Werderstraße 28.

\* Personalien. Die Stelle eines Feldhüters für den Stadtteil Veierheim wird dem Wäcker August Glaskette hier, zunächst probeweise übertragen. Ferner werden übertragen: die Stelle eines Schulbiener am Real- und Reformgymnasium dem Schulbiener Maier an der Lindenschule, dessen Stelle — vorerst probeweise — dem Straßenbahnschaffner Bauer, Stadtdiener Bimmer beim Straßenbahnamt wird auf die Stelle des Schulbiener an der Karl-Wilhelmsschule verlegt. An die Stelle Bimmers beim Straßenbahnamt tritt Bureaubiener Weinrecht. Dessen Stelle wird dem derzeitigen Schulbiener an der Karl-Wilhelmsschule, Schmidthäuser, übertragen.

\* Ein Handtäschchen entrisen. In der Nacht zum 28. d. M. ging ein Mädchen mit seiner Bekanntschaft im Veierheimer Waldchen spazieren. Plötzlich kam ein Unbekannter, entriß dem Mädchen das Handtäschchen, in dem sich 2 Portemonnaie mit etwa 17 M. befanden und sprang davon.

\* Radler-Unfall. Gestern Nachmittag wurde in der Karlstraße ein Radfahrer von einem ihm auf der unrichtigen Straßenseite entgegenkommenden Milchfuhrwerk überfahren. Die Deichsel traf den Radfahrer auf die Brust, er wurde zu Boden geschleudert und blieb bewußtlos liegen. Es wurden im städt. Krankenhaus innere Verletzungen konstatiert.

\* Aus einem Fenster des 4. Stodes ist in der Winterstraße am Samstag Nachmittag ein Kind gestürzt. Es verriet sich nach einigen Minuten.

Neues vom Tage.

Dienstag, 28. Juni. Die Gerichtsbehörde von Brügge hat gestern Abend im Spielklub des Ostender Kurhauses eine unerwartete Untersuchung vorgenommen. Alle Ausgänge waren von Polizei besetzt. Nachdem alle anwesenden Spieler und Zuschauer ausgefragt waren, wurden das gesamte Mobiliar und die Spielzeuge mit Beschlag belegt. Gleichzeitig ist auch in Spa, wo die Spielbank ebenfalls unter Leitung des Ostender Spielers Marquot eröffnet wurde, eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden.

Landberg a. d. W., 27. Juni. Hier wurde die Arbeiterfrau Dalachynski nebst ihren beiden 1 1/2 und 5 Jahre alten Kindern, durch Viehliebe getötet, aufgefunden. Vom Täter fehlt jede Spur.

Rom, 27. Juni. Der fast gleichzeitige Selbstmord zweier junger Russen aus guter Familie erregt in Rom großes Aufsehen. Vorgefunden hatte sich unter den Aquadukten in der Campagna der 20jährige Student Putschiato aus Irkutsk aus unbekanntem Grund erschossen. Gestern tödete sich in der Villa Borghese, gleichfalls durch einen Revolverbeschuß, ein anderer junger Russe, der mit jenem zusammengelebt hatte, der Student Kondakow. Angeblich waren beide Vettern. Nach den in ihrem Nachlaß vorgefundenen Büchern und Schriftstücken scheint das Verhältnis der jungen Leute aber anderer Natur gewesen zu sein.

Fast zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus. Am 1. Oktober 1906 wurde der verheiratete Fabrikarbeiter Ernst Mann von Darmen vom Elberfelder Schörrgericht wegen Notzuchtverbrechens (§ 177 des Strafgesetzbuches), das er an einem damals 16 Jahre alten verwaisten Mädchen begangen haben sollte, zu 5 Jahren und 1 Monat Zuchthaus verurteilt. Die Verurteilung erfolgte auf Grund der bestimmten eidlichen Aussage des Mädchens und Mann, der von Anfang an bis zum letzten Augenblick das Verbrechen bestritten hatte, wurde nach Siegburg ins Zuchthaus gebracht. Seine Frau und Kinder gerieten nun in Not und ein Stück nach dem andern ihrer Habe wurde ihnen aus dem Hause geschleppt und verkauft. Am letzten Samstag wurde Mann auf telegraphische Anweisung der hiesigen Staatsanwaltschaft auf freien Fuß gesetzt, denn es hatte sich inzwischen herausgestellt, daß das Mädchen einen Meineid geschworen hat und Mann an dem Verbrechen völlig unschuldig ist. Am Dienstag fand sich Mann bei der Staatsanwaltschaft ein, um schleunigste Unterstützung und Entschädigung zu bitten, da er völlig mittellos ist und nicht sofort Arbeit finden kann. Wegen des Mädchens ist das Verfahren wegen Meineids eingeleitet worden.

Nach einem Lotteriegewinn wahrscheinlich geworden. Infolge eines Lotteriegewinnes ist der Hausierer Adolf Karnowski in Berlin geisteskrank geworden. Der Mann, der sich mit Frau und 3 Kindern kümmerlich ernährt, gewann auf ein Zehntellos in der preussischen Klassenlotterie 800 M. Die Freude über diesen Gewinn äußerte sich bei dem Händler in einer merkwürdigen Weise, er kaufte Tag für Tag billige Schmuckstücke ein und brachte sie nach Hause. Seine Frau dachte, er wolle einen kleinen Juwelenhandel anfangen und ließ ihn gewähren. Erst als sie ihn fragte, ob er für die Schmuckstücke noch keine Käufer gefunden habe, erklärte Karnowski, er denke nicht daran, die Sachen zu verkaufen, er habe sie für sich gekauft. Inzwischen war der Gewinn infolge der seltsamen Diebstahls ausgegeben und der Hausierer sah hundlang vor den eingekauften Schmuckstücken, ohne ein Wort zu sprechen. Als seine Frau verlangte, er solle wieder hausieren gehen, oder den Tand verkaufen, bekam er einen Koboldschrei. Es gelang zwar, ihn wieder zu beruhigen, doch wurde festgestellt, daß Karnowski völlig in Geistesumnachtung verfallen war.

Die Sommerfrische für die Pferde. Im „Berliner Tageblatt“ ist folgende Annonce zu lesen:

Erholungsbedürftige Pferde finden Aufnahme auf den ausgedehnten Weiden der Herrschaft Gutesborn, Station Ruhland der Falkenberg-Rohlfurter Eisenbahn. Bedingungen werden auf Wunsch zugefandt.

Mancher Proletarier wird hierbei denken: wenn ich auch so gut haben könnte!

Letzte Post. Der Gewerkschaftskongress

Am Samstag Mittag um 1 Uhr geschlossen worden. Bismarck hob in seiner Schlussrede als besonders erfreuliches Merkmal des Kongresses hervor, daß er die Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften dokumentiert habe. „Wir können mit Recht sagen“, führte er aus, „daß es heute zwischen den beiden großen Teilen der Arbeiterbewegung Differenzen grundsätzlicher Natur überhaupt nicht mehr gibt.“

Auch die Techniker erkennen den Wert der Organisation.

Karlsruhe, 28. Juni. Kürzlich fand hier eine Versammlung badischer Techniker zum Zwecke der Gründung eines Technikerverbandes statt. Nach mehrstündiger Beratung wurde auch ein solcher Verband ins Leben gerufen. Der Sitz des Verbandes ist Karlsruhe. Die Benennung des Verbandes lautet „Badischer Techniker-Verband, Landesverwaltung des deutschen Techniker-Verbandes“.

Ein neuer Scharfmacherverband für Südwestdeutschland.

(Privattelegramm des „Volksfreund“.)

Am Samstag Mittag waren in Mannheim etwa 50 Großindustrielle unter dem Vorsitz des bekannten Textilindustriellen Schlumberger von Mülhausen (Els.) zusammengetreten, um für Elsaß, Baden, Hessen, Hessen-Nassau und Pfalz einen Verband zu gründen, der die Aufgabe verfolgt, bei der bevorstehenden Revision des Krankenfassengesetzes die Ortskrankenkassen zu Gunsten der Betriebskrankenkassen, also des Unternehmertums, zu bekämpfen. Der neue Verband soll in Mannheim seinen Sitz haben, im übrigen, gleich dem Verband für Süddeutschland (Augsburg), dem im vorigen Herbst gegründeten Verbände der Betriebskrankenkassen (Essen) beitreten, welchem von den 7700 deutschen Betriebskrankenkassen bereits über 1300 mit etwa 120 000 Versicherten angehören.

Der neuen Kampforganisation werden die Arbeiter ihre Aufmerksamkeit schenken müssen.

Gegen den Erlaß der bayerischen Metallindustriellen.

Frankfurt a. M., 28. Juni. 12 Organisationen von kaufmännischen und Beamten-Bereinen berufen am nächsten Donnerstag in den kaufmännischen Verein eine öffentliche Versammlung ein, um gegen den bekannten Erlaß des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes zu protestieren. Das Referat hat Professor S. Summel (Karlsruhe) übernommen.

Neue Steuern.

Berlin, 27. Juni. Am Montag findet im Reichsschatzamt eine Besprechung über die Reichsfinanzreform statt, zu der auch die einzelstaatlichen Finanzminister in Berlin erwartet werden.

Dem Liebsteht...

Der Landtagsabgeordnete Genosse Dieblich hatte auf die Ablehnung des Oberreichsanwalts, ihn zur Landtagsagung zu beurlauben (siehe: Deutsche Politik) eine telegraphische Beschwerde an den Reichszentraler gerichtet. Er erhielt folgenden telegraphischen Bescheid:

„Zur Aenderung des vom Oberreichsanwalt erteilten Bescheides hat der Reichszentraler keinen Anlaß. Ein Anpruch behufs Teilnahme an den Landtagsverhandlungen zur Unterbrechung der Strafbast einen Urlaub gewährt zu erhalten, ist durch gesetzliche Vorschrift nicht zu begründen. Aus Willigkeitsrücksichten wird grundsätzlich Urlaub nur bewilligt, wenn aus der Fortsetzung der Haft dem Verurteilten oder seiner Familie erhebliche, außerhalb des Strafzweckes liegende Nachteile erwachsen würden. Ihrem Wunsche bebaure deshalb nicht entsprechen zu können. (gez.) Der Reichszentraler. In Vertretung: Nieberding.“

Die Pflicht des Volkstreters, sein Mandat auszuüben, ist durch gesetzliche Vorschrift nicht begründet. Das ist echt preussisch und echt billowisch dazu.

Ausschluß der Öffentlichkeit im Prozeß Eulenburg.

Bei den heute Montag vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu Berlin beginnenden Verhandlungen gegen den Fürsten Philipp zu Eulenburg und Hertefeld wird ziemlich sicherem Vernehmen nach die Öffentlichkeit nicht nur bei einzelnen Punkten, sondern im ganzen Umfang ausgeschlossen werden.

Bergarbeiterstreik.

Falkenan, 27. Juni. Im hiesigen sowie im Reichenauer Revier ist ein Streik der Bergarbeiter ausgebrochen.

Der reaktionäre Streich in Persien.

Petersburg, 27. Juni. Die hier eintreffenden Nachrichten lassen die Lage in den persischen Provinzen als sehr ernst erscheinen. Die Zahl der Revolutionäre ist dort stark gewachsen. Die meisten sind bewaffnet. In Teheran wird die „Ordnung“ nur durch die Truppen aufrecht erhalten und man fürchtet, daß die Ruhe nur vorübergehend sein werde. Die Bazare und Läden sind noch nicht alle geöffnet. Die Beschließung von Gebäuden hält an, wobei auch viele unschuldige Bewohner erschossen werden. (Wir werden in einem Leitartikel die inneren Ursachen des Staatsstreiches aufzudecken suchen. (Red.))

Vereinsanzeigen.

Freiburg (Gewerkschafts-Karteil). Mittwoch den 1. Juli, abends halb 9 Uhr, Kartelltagung bei Sento. Vollständiges Erscheinen erwartet 2970.2 Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2.73, gef. 10 cm, Rehl 3.10, gef. 6 cm Maxau 4.81, g.F. 7 cm, Mannheim 4.32, gef. 16 cm.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 20.—25. Juni: Gertrude Franziska, Vater Karl Kleinbienst, Kaufmann. — Karl Erwin, Vater Karl Schreiber, Metzger. — Pauline Maria Luise, Vater Josef Suttner, Hofmusiker. — Marie Hedwig, Vater Hans Eisner, Kaufmann. — Mathilde Marie, Vater Oskar Rahm, Schlosser. — Paul, Vater Paul Lebered, Schreiner. — Kurt August, Vater Karl Ludwig, Schuhmacher. — Adolf Josef Karl, Vater Adolf Lafer, Friseur. — Hilda Emilie, Vater Emil Kunen, Schlosser. — Karl Heinrich, Vater Karl Heinrich Ebert, Küfer. — Anna Margarete Sofie, Vater Karl Hecker, Steinbruder. — Gertrude, Vater Karl Grund, Ingenieur. — Elise Johanna, Vater August Kuchlin, Metzger. — Salomea Helene Amalie, Vater Emil Langenstein, Mechaniker. — Benzil Franz, Vater Friedrich Klouda, Optiker. — Irma, Vater Johann Reichart, Schlosser. — Rudolf Ernst, Vater Karl Offenburger, Betriebssekretär. — Albert, Vater Albert Grein, Blechler. — Irma Bertha, Vater Alexander Görner, Schreiner. — Anna Maria, Vater Karl Tropf, Tagelöhner. — Friedrich August Wilhelm, Vater August Braun, Arbeiter.

Eheaufgebote vom 24. Juni: Karl Gilet von Bergzabern, Kaufmann in Bergzabern, mit Klara Schmeltz von Kusel. — Bernhard Kengler von Mainwangen, Kaufmann hier, mit Anna Günther von Ettingenweiler. — Friedrich Hof von Mastatt, Schlosser hier, mit Hilda Keller von hier. — Maximilian Schonhard von Buchholz, Wagner hier, mit Magdalena Glas von Hoerdt.

Eheschließungen vom 25. Juni: Wilhelm Barth von Knittlingen, Wäcker hier, mit Marie Tiedemann von Garburg. — Eugen Lorch von hier, Kaufmann hier, mit Bina Riefer von hier.

Konsumverein für Bruchsal und Umgegend. Einz. Genossenschaft m. b. H. sucht zum bald. Antritt einen Lagerhalter. Derselbe muß tüchtiger Verkäufer sein. 2889

Frauerhüte aus la. Crêpe, nur eigenes Fabrikat, Trauerschleier Brautkränze Brautschleier. Grosse Auswahl. Billige Preise. 2883 S. Rosenbusch 137 Kaiserstr. 137.

Arbeiter welcher geneigt und befähigt ist, gründliche Unterweisung im Polieren zu geben, wolle Adresse unter Nr. 2905 im Kontor d. Bl. abgeben. Auch könnten demselben kleinere Schreinerarbeiten als Nebenbeschäftigung zugewiesen werden.

Henkels Streichsöhn Nur echte. Garantiert chlorfrei. gibt u. hält blendend weiße Wäsche. Kinderbettstelle, g. neu, eleg. f. nur 12 M. zu verk. 2967 Douglasstr. 30, part.

Ca. 100 Gewinne. Samen aus der Reutlinger-Lotterie an meine wertvolle Stundschafft und werden sofort ausbezahlt, ebenso alle andern Trefferlose. Pfälzer-Ziehung ist auf 6. August verlegt. Anzeiger findet Donnerstag statt. Empfehle diese Lose wie auch folgende: Rastatter, Genuever, Darmstädter und Münchener à 1 Mark, 11 Stück 10 Mark. Adolfszeller à 1.20 M. 2969

Carl Götz Gebelstr. 11/15 Karlsruhe.

Verloren eine goldene Damenuhr vom Schloßgarten bis zum Schützenhaus. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen gute Belohnung Kaiserstraße 175, 3. Stod abzugeben.

Kleiderbüste mit Drahtrod Nr. 44, noch sehr gut erhalten, ist billig zu verkaufen. Näheres Kriegstraße 153 im Laden.

Margartenstr. 97, 4 St., ist ein gut möbliert. Zimmer, schöne freie Aussicht, für 10 M. monatlich zu vermieten. 2974. Müppurrerstr. 34, part., ist ein gut möbl. Zimmer bill. zu vermieten. Schützenstr. 60, 3, ist auf 1. Juli ein möbl. Zimmer zu vermieten. Wilhelmstr. 4, 1. St. links, in nächster Nähe d. Bahnhofs, ist ein solides jung Mann auf 1. Juli od. später ein möbl. Zimmer billig zu vermieten. Schreibstisch, bereits n. neu, schön, billig zu verk. Adolfsstr. 9, 5. St.

Ein jüngeres Mädchen am liebsten vom Lande, für häusliche Arbeiten sofort oder 1. Juli gesucht. Dasselbst wird auch eine Frau zum Waschen gesucht. Bürgerstraße 10, 3. St.

Ein Kind wird von kinderlosm Ehepaar in Pflege genommen. Schweidert, Werderstr. 76.

Eisstrank, billig zu verkaufen Morgenstr. 28, 2.

Von Montag, den 29. Juni bis Samstag, den 4. Juli

# Räumungs-Woche.

Wegen vorgerückter Saison sollen in allen Abteilungen viele Artikel geräumt werden.

Die Preise sind bis zu

# 50%

ermässigt.

Extra-Auslage in jeder Abteilung und im Lichthof.

2064

# Hermann Tietz.

## Spiel-Plan des Stadtgarten-Theaters in Karlsruhe

Direktion: Heinrich Hagin.

Vom 1. bis 6. Juli.

1. Juli	Mittwoch	Zuflüge Witwe,
2. Juli	Donnerstag	Rigenerbaron,
3. Juli	Freitag	Obersteiger,
4. Juli	Samstag	Frühlingsluft
5. Juli	Sonntag	Zuflüge Witwe,
6. Juli	Montag	Vogelhändler.

In Vorbereitung: Ein Walzertraum.

2973

Unwiderruflich letzte Vorstellung: Dienstag, 30. Juni 1908.

### Circus Sarrasani.

Karlsruhe. — Auf dem städt. Festplatz. — Telefon 660.

Montag, 29. Juni cr. (Peter und Paul)

### 2 grosse Gala-Vorstellungen 2

mit durchaus gleich reichhalt. Weltstadtprogramm

Montag, am 29. Juni cr. Montag, am 29. Juni cr.

4 Uhr nachm. 8 Uhr abends

Letzte Nachmittags-Vorstellung. Brillanter Elite-Abend

In dies. Nachm.-Vorstellg. zahlen Kinder unter 14 J. u. Militär bis z. Feldwebel halbe Preise.

mit glänzendem Weltstadtprogramm.

Dienstag 30. Juni cr., abends 8 Uhr

### Dank- u. Abschiedsvorstellung

mit grandiosem Weltstadtprogramm.

Die ursprünglich für Donnerstag, 2. Juli, angekündigte Abschiedsvorstellung muss bereits morgen

### Dienstag, 30. Juni,

erfolgen, da der hiesige Stadtrat den festplatz für die beiden weiteren Tage nicht mehr überlassen hat, angeblich um das der Stadt Karlsruhe gehörige Stadtgarten-Theater nicht zu schädigen.

Preise der Plätze: Logensitz M. 2.50, Sperrplatz (numm.) M. 1.80, I. Platz (nicht numm.) 1.20, II. Platz M. 0.80, III. Platz (letzter Sitzplatz) M. 0.60, Gallerie (Stehplatz) M. 0.40.

Vorverkauf von morgens 10 Uhr an ununterbrochen an der Circuskasse (Fernruf 660) für sämtliche Vorstellungen und nur für Abendvorstellungen bei Karl L. Schweikert, Kaiserstrasse 199, Ecke Waldstrasse bis 6 Uhr abends. Telephonisch bestellte Billets können nur bis zu einer halben Stunde vor Beginn jeder Vorstellung reserviert werden.

Arbeiter! abonniert den Volksfreund!

## Säuglingsfürsorge Abteilung 6 des Bad. Frauenvereins.

In unserer Milchküche, im sogenannten Neubau des ehemaligen städtischen Krankenhauses, wird trinkfertig zubereitete pasteurisierte Kindernahrung, lediglich nach ärztlicher Verordnung, geliefert. Die Einrichtung wird gerne nachmittags von 4 Uhr ab gezeigt und nähere Auskunft erteilt. Eingang Steinstraße.

### Knielingen.

Knielingen, 27. Juni 1908.

Den hiesigen Abonnenten zur Nachricht, daß vom 1. Juli d. J. an die Filiale auf Jakob Frey V. übergeht. Bestellungen auf den „Volksfreund“ und die übrige Parteiliteratur können bei demselben gemacht werden.

### Freiburg.

Mit dem heutigen hat Genosse C. Damm das Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariat übernommen. Die Sprechstunden sind wie bisher von 12—3 Uhr und von 6 bis halb 8 Uhr nachmittags. Das Bureau bleibt Moltkestr. 30. Telefonnummer 1259.

### Freiburg.

Mit dem 1. Juli tritt Genosse B. Engler den Posten als Parteisekretär für die ersten sechs badischen Wahlkreise an. Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an B. Engler, Moltkestr. 30, Freiburg i. B.

### Freiburg.

Mit dem 1. Juli übernimmt Genosse Julius Grünfeld, Klarastraße 22, die Expedition des Volksfreund und die Parteibuchhandlung. Wir bitten Volksfreundbestellungen und Bestellungen auf Partei- und andere Literatur von nun an an Genosse Grünfeld zu richten.

### Die Parteileitung.

### Geschäftseröffnung und Empfehlung.

Einem verehrl. Publikum die höfl. Mitteilung, daß ich mein Geschäft von Leffingstraße 74 nach

### Markgrafenstrasse 7

verlegt habe und nunmehr dort ein

### Kolonialwaren-, Flaschenbier- und Weinhandlung

betreiben werde. Empfehle prima spanische Weine per Liter von 48 Pfg. an, reine deutsche Weine, Spirituosen in allen Preislagen, norddeutsche Wurstwaren, sowie alle in die Kolonialwarenbranche einschlagenden Artikel in stets bester Qualität zu billigsten Preisen.

In dem ich um geneigten Zuspruch bitte, zeichne

Hochachtungsvoll

Adolf Schumacher.

## Arbeits- und Berufskleider

jeder Art zu billigsten Preisen.

### N. Breitbarth

Ecke Kaiser- u. Herrenstrasse

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.



Karlsruher

## Sprach- und Handelsschule „Germania“

Dir. K. Kramer

Karl-Friedrichstr. 1

(Eingang Zirkel)

Telephon 505

Buchführung

Rechnen

Korrespondenz

Wechsellehre

Maschinenschreiben

Kontorarbeiten

Stenographie

Anmeldungen täglich

Stellenvermittlung

Niemand wird ohne Stellung entlassen

### Hasen

(Belgische Riesen) umfänglich um jeden annehmbaren Preis zu verkaufen eventl. mit neuem schönen Stall.

Klein-Rüppurr, Rastatterstr. 37.

Mattenstr. 9, 5. St., sofort od. auf 1. Juli, möbliert.

Zimmer zu vermieten.

„Knorr-Sos“ (etwas ganz neues) verbessert nicht nur Suppen, sondern ebenso alle Saucen, Gemüse, Ragouts etc.

## Freiburg Colosseum

beim Martinstor (Tramhaltestelle)

### Voranzeige!

Mittwoch den 1. Juli 1908

Zum 1. Male in Freiburg:

## Sherlok Holmes

die berühmte englische

Defektiv-Komödie

Kassa 8 Uhr. Anfang 1/9 Uhr.

## Fliegen-Fänger.

Rapid-Fliegenfänger

Stück 5

Pyramiden-Fliegenfänger

Stück 10

empfehlen 2844

## Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

in den bekannten Verkaufsstellen.

Ab Ende Juni:

Neu eröffnet

Bruchsal

Friedrichstr. 35

Ecke Marktplatz.

## Schneider-Nähmaschine

noch sehr gut erhalten, billigst zu verkaufen.

2858

Marienstr. 29, 2. St.

Gassenstr. 69, 4. St. Hs., ist

ein möbl. Zimmer z. verm.